

**Karl-Friedrich**  
Industriekaufmann  
Tel. [REDACTED]

Amtsgericht Dresden  
11. Okt. 2005  
Posteingangsstelle  
..... Anlage(n)

Briefe: [REDACTED]-Bahnhofstr. 30  
594 [REDACTED] U. [REDACTED]

An das  
Amtsgericht Dresden  
Postfach 12 07 09

Amtsgericht Dresden  
+ 06. Okt. 2005 +  
Posteingangsstelle  
..... Anlage(n)

01008 Dresden / Ostdeutschland

den 04.10.2005

~~4 Ca 1889-05~~

102 C 6622-05

Sehr geehrte Damen und Herren Beamte in Dresden,

als Geschäftsführer der Firma [REDACTED] GmbH. Erfurt ziehe ich hiermit den Einspruch gegen den Mahnbescheid zurück und bitte, das Verfahren nicht fortzuführen.

Nun meine private Meinung: Es kann ja sein, dass durch unnötige Streitereien bei Gericht sonst noch weitere, unnötige Arbeitsplätze auf Kosten des hart arbeitenden Steuerzahlers geschaffen werden, die eigentlich nicht notwendig sind. Die Gier mancher Behörden, sich einer Art bezahlten Hofstaat zu erweitern, ist ja lt. Presse gerade im Osten bekannt. Im übrigen gibt es beim beamteten Arbeitsbereich bekanntlich keine Arbeitslosen, weil es dort gar nicht darauf ankommt, ob jemand benötigt wird oder nicht; die Arbeitsansprüche allein scheinen zu gelten.

Wie auch immer: weder Anwälte sollten so viel Geld verdienen noch Behörden sollten „unnötige“ Arbeitsplätze schaffen können, auch deshalb die Rücknahme des Einspruches.

Gerade die „Neuen Bundesländer“, wo Geld vom Westen nachweisbar und lt. Medien geradezu verplempert und oft unnötig verbraucht werden, sollten keine weitere unnötige Entwicklung erhalten. Hinzu kommt, daß Gelder zweckentfremdet verwandt werden, also statt zum Aufbau West in das Stopfen von Haushaltslöchern. Das dürfte eine strafbare Handlung darstellen, das dürfte Betrug sein. Aber keiner macht etwas dagegen. Der kleine Mann, der dagegen bei rot über die Ampel fährt, wird sofort hart bestraft. Kein gleiches Recht für alle.

Die Ungerechtigkeiten nehmen zu. Dresden gehört ja nun (leider) wieder zu Deutschland. Es macht keinen Sinn, sich weiter für so etwas breit zu machen, dafür arbeitstechnisch noch tätig zu sein. Auch deshalb die Rücknahme des Einspruches. Der Fall der Mauer machte Westdeutschland zu einem Pleitestaat. Die Vereinigung stellt nach privater Meinung des Unterzeichners eine der schlimmsten und falschesten Entwicklungen der Geschichte Deutschlands dar. Mit den Neuen Bundesländer möchte ich nichts zu tun haben. Die vielen Toten aus dem Krieg und aus der oft nicht korrekten Vertreibung, auch in Dresden, sind ein weiterer Beweis, wie ich meine. Mit Ihnen will ich nichts zu tun haben, ich schäme mich jedesmal, wenn ich auf die Neuen Bundesländer angesprochen werde. Für mich ist das das Übel des kapitalistischen Untergangs. Das ist meine Meinung, hohe und feudal bezahlte Juristenherren, die oft klüger als die ganze Welt sind, die immer alles besser wissen. Auch Bürger dürfen eine Meinung haben. Nicht nur Götter in schwarzer Robe, oder?

Mit freundl. Grüßen

Karl-Friedrich [REDACTED]